

## Politik entscheidet ohne die Bürger

Zur Schulfusion Kronshagen  
KN vom 24. November

☞ Durch eine ungerechte Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern aus bildungsfernen Haushalten ist es an den beiden Grundschulen in Kronshagen zu sehr unterschiedlichen Lernbedingungen gekommen. Hier ist dringender Handlungsbedarf, es soll eine Chancengleichheit erreicht werden.

Politik sieht als einzige Möglichkeit eine Fusion der beiden Schulen. Dadurch würde eine Grundschule mit über 500 Kindern entstehen. Dieses Thema bewegt in Kronshagen viele Menschen, es ist in der Gemeinde viel Unruhe entstanden. Doch was hat es gebracht? Der Bürgermeister sprach vor seinem Amtsantritt von „mit allen Bürgern und Fraktionen an einem Strang ziehen“, und dass er Ziele erreichen will und dabei Nachhaltigkeit und nicht Aktionismus im Vordergrund stehen. Wo ist das gemeinsame „an einem Strang ziehen“? Im Moment hat man den Eindruck, dass blinder Aktionismus regiert. Kronshagen ist gespalten bei diesem schwierigen Thema, und es gibt viel Wut und Unzufriedenheit. Die Politik entscheidet ohne die Bürger. Eine Fusion ohne Konzept soll zum nächsten Schuljahr

stattfinden und das auf Kosten unserer Kinder. Es wird nicht nach den einzelnen Schulen und deren Bedürfnissen geschaut. Die aktuellen Probleme sind dadurch auch nicht gelöst. Im Kommunalwahlprogramm der CDU wird gesagt, dass unsere beiden Grundschulen mit eigenständigen Profilen erhalten bleiben. Mal wieder eine spontane Meinungsänderung der Politik? Dieses Jahr ist die Eichendorff-Grundschule mehrfach ausgezeichnet worden und gilt als Referenzschule. Besonders die Schulleitung als auch das Kollegium sind sehr engagiert. Bei einer Fusion würde die Schulleitung gehen müssen, auch Teile des Kollegiums wollen gehen. Da hat man so eine gute Arbeit gemacht und was wird daraus gemacht? Eine Schule der Verlierer. Einen Schulleiter über die Maßen hinaus einsatzbereit – Verlierer. Ein Kollegium höchst motiviert und engagiert – Verlierer. Es gibt viele Ideen, wie man sich dem Problem zuwenden kann, aber leider wird jetzt alles im Schnellverfahren gelöst. Es ist furchtbar mitanzusehen, wie hier in der Gemeinde Politik betrieben wird und wie wenig man sich als Bürger gesehen fühlt. Und mal ehrlich, würden die Schulen nicht direkt nebeneinanderliegen, dann wäre eine Fusion nicht die erste Wahl.

**Meike Weger,**  
Kronshagen

## Gleiches Recht auf optimales Lernen

Zum selben Thema

☞ Ich bin Mutter zweier Kinder. Meine Tochter ist Erstklässlerin an der Brüder-Grimm-Schule Kronshagen. Sie besucht eine der hier in Kronshagen inzwischen fast „berüchtigten“ ersten Klassen. Eine Klasse, in der scheinbar nichts mehr geht – zumindest in der Wahrnehmung vieler Außenstehender. Ich sage „Ja“ zur Schulfusion, und ich habe ganz persönliche Gründe für dieses „Ja“. Mein „Ja“ hat nichts mit der Arbeit der Schule zu tun. Denn diese ist wunderbar, vom individuellem Blick auf jedes einzelne Kind geprägt, voller Herzblut und Engagement. Ich bin tief beeindruckt von dem, was jede(r) einzelne dort jeden Tag leistet. Mein „Ja“ gründet auf dem Wunsch, dass jedes Kind das gleiche Recht auf möglichst optimale Lernbedingungen

haben sollte: das Hochbegabte, das Kind mit einer Behinderung, das Kind mit sogenanntem Migrationshintergrund oder Sprachschwierigkeiten, aber auch das ganz „normale“ Grundschulkind. Aber was passiert, wenn die Gesamtheit aller Kinder, mit der Gesamtheit ihrer Stärken und Schwächen so ungleich auf zwei Schulen verteilt ist? Zwei Schulen, die im Grunde Tür an Tür auf einem Gelände stehen? So ungleich, dass keiner vom jeweils anderen lernen kann? So ungleich, dass Vorurteile und Standesdünkel bestehen bleiben müssen. Und diese sind Gift für das Leben in unserer Gemeinde und Gift für die sozial-emotionale Entwicklung unserer Kinder. All die verletzenden Debatten der letzten Wochen sitzen tief, auf beiden Seiten. Ich frage mich, wie man hier in Kronshagen miteinander weitermachen will, kann und wird.

**Kathleen Lentschat,**  
Kronshagen

## Recht auf Schulfreiheit konterkariert

Zum selben Thema

☞ Es gibt ein Recht auf freie Schulwahl. Das sollte einen positiven Wettbewerb um eine attraktive Schule fördern. Wenn sich jetzt in Kronshagen herausstellt, dass die Eltern lieber an die Eichendorff-Schule wollen und die anderen Eltern als Verlierer dastehen, wird dies Recht konterkariert. Denn eigentlich ist es Aufgabe der Schulbehörde, alle Schulen so auszustatten, dass sie auch in der Lage sind, diesem Wettbewerb standzuhalten und die Brüder-Grimm-

Schule in diesem Sinne zu betreuen. Ich habe im Ohr, dass Bildungsministerin Britta Ernst den Schulen in der Erfüllung ihrer Aufgaben auch Freiheit in der Verantwortung mit auf den Weg gegeben hat. Dieses Prinzip wird massiv verletzt, und das Recht auf Schulfreiheit konterkariert, wenn das Ministerium, wie es unmissverständlich ausgeführt hat, die Eichendorff-Schule im Rahmen einer Fusion in der Brüder Grimm Schule aufgehen lassen will und dabei Kronshagen noch eine Schulleiterstelle wegnimmt. Ich kann den Protest der Eltern beider Schulen gut nachvollziehen.

**Dietmar Rauter,**  
Kronshagen